

Besoldung 2000

Bundesratsinnenausschuss brachte Bewegung in die Diskussion

Von Michael Zielasko und Hans-Joachim Adams

Der Protest der GdP gegen die Pläne, die Beamten und Versorgungsempfänger vom Tarifergebnis des öffentlichen Dienstes in diesem Jahr abzukoppeln, hat eine erste Wirkung gezeigt. Dies ergab die Beratung des Regierungsentwurfs zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2000 durch den Bundesratsinnenausschuss am 7. Dezember in Berlin. Offen war aber zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses die Entscheidung des Bundesrates selbst, der am 21. Dezember tagte.

Mit der Empfehlung des Bundesratsinnenausschusses für eine vorgezogene Übernahme des Tarifergebnisses auf den 1. November 2000 und den 1. Dezember 2001 schien Bewegung in die Diskussion um die Besoldungsanpassung gekommen zu sein.

Jetzt lag es am Bundesrat, mit seiner Stellungnahme am 21. Dezember dieser Empfehlung zu folgen. Danach wird der Bundestagsinnenausschuss Ende Januar oder Anfang Februar 2001 für den Deutschen Bundestag eine Beschlussempfehlung erarbeiten. Die GdP appellierte an die Länder, die Besoldung und Versorgung zeit- und inhaltsgleich für die Beamten und Pensionäre zu übernehmen.

Signale aus den Ländern, die Anlass gegeben hatten, an ein Aufbrechen der Abkopplungspläne zu glauben, wären Makulatur, würde der Bundesrat gegen die Empfehlung stimmen, sagte GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg. Das wäre ein Schlag in die Magengrube jeder Polizistin, jedes Polizisten und Pensionärs. Der öffentliche Dienst würde dadurch gespalten.

Mit gewerkschaftlichen Aktionen hatte die GdP wiederholt auf die Ungerechtigkeit hingewiesen, die Beamte und Pensionäre durch die geplante Abkopplung der Besoldung und Versorgung erleiden würden. Gipfel der Aktivitäten war die bundesweite "Protestfahrt - gegen die Nullrunde 2000" (siehe auch DP12/2000). Die GdP hatte in allen Landeshauptstädten mit Protestveranstaltungen demonstriert. Vom Startpunkt Schwerin aus zog ein sich ständig vergrößernder Konvoi von GdP-Fahrzeugen durch die Republik. Dabei wurde der GdP mehrmals angedeutet, dass Landesregierungen gegen die Pläne der Bundesregierung zur Besoldungsanpassung 2000 für die Polizeibeamtinnen und -beamten im Bundesrat Stellung beziehen wollen.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 1/2001](#))